

Agenda



Die Angst der Euro-Leader vor dem Volk

Von Daniel Vischer

Damit hatte niemand gerechnet, weder Freund noch Feind, weder in Griechenland noch im übrigen Europa. Dabei war es naheliegend, das Volk über die Bedingungen für Griechenlands Verbleib in der Euro-Zone abstimmen zu lassen. Damit die, die bluten müssen, selbst bestimmen können, welchen Preis sie zu bezahlen bereit sind. Das erste Mal wäre das Volk in vergleichbarer Lage vor der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde der Sanierer befragt worden. Papandreou handelte dabei gewiss nicht uneigennützig, das Referendum wurde für ihn zum Hoffnungsschimmer, seine Machtstellung wider Erwarten doch noch behaupten zu können. Hätte das Volk Nein gesagt, wäre er als Held mit dem Volk untergegangen, hätte es zugestimmt, hätte er als kluger europäischer Führer auferstehen können.

Solche Ad-hoc-Referenden haben immer etwas Plebiszitäres an sich. So liegt der Vorwurf des Machtmissbrauchs nicht daneben – abgestimmt wird nur, wenn und weil der Regierungschef es will. Allerdings wurde Papandreou nicht deswegen von allen Seiten gemassregelt. Es war vielmehr die blanke Angst vor einem Nein des griechischen Volkes, die vor allem das alte neue Euro-Führungsgespann Merkel/Sarkozy zur Weissglut brachte. Nicht unbegründet – seit Monaten gibt es in allen Grossstädten Massendemonstrationen, ein eigentlicher Volksaufstand ist nicht auszuschliessen. Eiligst nach Cannes beordert, wo Papandreou nicht nur wie ein Schulbube gedemütigt wurde, sondern ihm der Rausschmiss Griechenlands aus der Euro-Zone angedroht wurde, sollte das Volk der Rosskur nicht zustimmen. Offenbar hatte er vergeblich darauf hingewiesen, bei anhaltendem Spardiktat aus Brüssel könnte ein Staatsstreich drohen, in Griechenland ja nicht ganz ohne Tradition. Papandreou hatte sichtlich zu hoch gepokert und zog alsbald die Fahnen ein. Zurück nach Griechenland kehrte ein Mann, der sein Gesicht definitiv verloren hatte, als «Chef der Versager» endgültig gehen muss. Am griechischen Weg «Von der Kleptokratie zum Bankrott» – so der Titel eines neuen griechischen Bestsellers – ist er jedoch bestimmt nicht der Hauptschuldige.

Griechenland am Pranger. Freilich hatte es neben dem «keltischen Tiger» Irland mit durchschnittlich 4,15 Prozent zwischen 1999 und 2007 das grösste Wachstum, derweil Deutschland damals als «kranker Mann Europas» galt. Gleichzeitig stiegen zwischen 2000 und 2010 die Lohnstückkosten im Vergleich zum «Lohndrossler» Deutschland um 31,2 Prozent. Eine Verbesserung der Lage Griechenlands kann nur vom Export kommen, wobei ein Weg gefunden werden müsste, trotz hohen Lohnstückkosten, gerade in Konkurrenz zu «Exportweltmeister» Deutschland, billiger anzubieten. Normalerweise geschieht dies über Währungsabwertung – in einer Währungsunion indes ein verbauter Weg. Die Euro-Zone kennt wirtschaftliche Konstruktionsfehler, die anzugehen die Zeit indessen kaum reicht, denn schon droht der Fall Italiens. Das Volk schweigt nirgends. P. S. Auch die Schweiz wendete freilich beim UBS-Milliardenpaket Notrecht an.

Carte blanche

Mehr Eigenverantwortung der Länder

Von Rolf Weder*

Die Regierungen sind derzeit in vielen Ländern überfordert. Als Ökonom ist man besorgt, wenn man sieht, was insbesondere in der Eurozone abläuft – und zwar nicht erst seit zwei Wochen. Etablierte Erkenntnisse aus den Wirtschaftswissenschaften werden ignoriert. Übertreibungen, weniger in den Märkten als vielmehr in den Aussagen der Staatsoberhäupter, weisen auf eine Orientierungslosigkeit hin. Dabei spielen sich viele Politiker gerne als Retter und Retterinnen der Gesellschaft vor den Fehlentwicklungen in der Wirtschaft, insbesondere der Bankenwelt, auf. Tatsächlich sind sie aber daran, sich selber zu retten – das heisst mit den Folgen ihrer verfehlten Schulden- und Währungspolitik der Vergangenheit fertigzuwerden.

Die derzeitige Krise weist meines Erachtens auf eine fundamentale Herausforderung hin, die es in Zukunft zu bewältigen gilt. Es geht um die Klärung der Arbeitsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in marktwirtschaftlichen Systemen. Die Politik ist deshalb überfordert, weil der Staat in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten Aufgaben übernommen hat, die er gar nicht erfüllen kann.

Ich meine damit insbesondere auch Aufgaben zur Steuerung des marktwirtschaftlichen Systems. Während die staatlichen Institutionen gerne in an sich funktionierende Märkte eingreifen (zum Beispiel in den Arbeitsmarkt oder in den Devisenmarkt), vernachlässigt die Politik Bereiche, in denen seit Langem ein grosser Handlungsbedarf besteht (zum Beispiel die Sicherung der Sozialversicherungssysteme oder der Umgang mit gemeinschaftlichen Ressourcen wie etwa den Weltmeeren). Es ist also nicht so, dass die Politik überall zu viel macht. Meines Erachtens setzt sie oft die falschen Prioritäten.

Nehmen Sie die Finanzkrise, welche ihren Ursprung in den USA nahm. Der Staat hatte dort über Jahre das private Wohneigentum gefördert unter dem Motto «jeder Familie ihr Einfamilienhaus». Dazu kam, dass die US-Notenbank vor dem Ausbruch der Krise über längere Zeit sehr viel

Geld gedruckt hatte, um die Wirtschaft rasch aus einem Konjunkturtief herauszuholen. Diese Geldmengen führten dazu, dass die Investoren nach Möglichkeiten suchten, dieses Geld anzulegen. Der staatlich geförderte Markt für Wohneigentum erschien attraktiv. Einige Banken wurden leichtsinnig, und sie kümmerten sich zu wenig um die Qualität der Anlagen. Sobald dann klar wurde, wie risikoreich diese Investitionen waren, wollten alle die entsprechenden Papiere loswerden, was zu grossen Schwierigkeiten im Finanzsystem führte. Der Staat griff ein, um die Ausbreitung der Krise zu begrenzen.

Nehmen Sie die Eurokrise, deren Ursprung auf die Gründung der Währungsunion in der EU zurückgeht. Der Euro war für die EU-Politik schon immer ein Symbol, um die Bedeutung der EU für die Bürger und Bürgerinnen in den Mitgliedstaaten zu demonstrieren. Dass man damit aber auch die Anpassungsmöglichkeiten von

Die Politik setzt wirtschaftlich oft die falschen Prioritäten. Not tut eine Rückbesinnung der Politik auf ihre Kernaufgaben.

Ländern über den Wechselkurs sowie wichtige Instrumente zur Konjunkturbeeinflussung auf nationaler Ebene über Bord warf, wurde kaum beachtet. Zwar hatten 1992 immerhin 60 und 1999 bereits 150 deutsche Wirtschaftswissenschaftler in einem Manifest vor der Einführung gewarnt, unter anderem weil der Euro die Schuldensituation der Mitgliedsländer beflügeln könnte. Der Euro führt nämlich dazu, dass ein einzelnes Land staatliche Schulden zu relativ tiefen Zinsen und zum Teil auf Kosten der anderen Mitgliedsländer der Eurozone finanzieren kann. Doch wurden diese Warnungen belächelt. Immerhin einigte man sich auf einige interne Regeln zur Beschränkung dieses Verhaltens. Ein Beispiel ist die vereinbarte maximale Schulden-

Hick up

Falsch begründete Krise oder vergessene Wilde

Von Martin Hicklin

Wer macht sich schon Gedanken darüber, was es dazu braucht, dass die von süssem Fleisch ummantelten Samen eines Rosengewächses als Apfel in meine Hand kommen? Die rosige Frucht hängt jedenfalls nur am Ast, wenn das klappert, was rund 200'000 andere Pflanzenarten auch schaffen müssen: Die Pollenkörner mit den männlichen Anlagen auf den weiblichen Teil der Blüte, die Narbe, zu bringen. Die Bestäubung eben.

Pflanzen stecken im Boden und nutzen andere. Den Wind etwa als blinden Staubschüttler oder ungezählte mobile Helfer aus dem Tierreich. Rund drei Viertel der auf Bestäubung angewiesenen Pflanzen zählen auf Hummeln und Bienen, Käfer, Fliegen, Motten, Schmetterlinge oder gar Fledermäuse und Vögel. Sie vollbringen auf der Suche nach Nahrung und Nektar beiläufig das gute Werk. Indirekt bestäuben Imkerinnen und Imker mächtig mit. Bei uns meist im arbeitsreichen Hobby, in den USA oft in nahezu industriellen Massstäben. Ohne Bienen und deren Bestäubungsservice gäbe es kaum Früchte und magere Ernten, heisst das Dogma. Als darum in den USA ein rätselhaftes Völksterben um sich zu greifen begann und auch die Grossimker vor verlassenen Stöcken standen,

schellen die Alarmglocken. Das «Colony Collapsing Disorder» getaufte Phänomen bedrohte die kalifornischen Mandelplantagen, die auf eingesetzte Bienen angewiesen sind. Plötzlich war wenigstens klar, wie wenig man über solche Phänomene wusste. Auch hierzulande gab es Verluste. Die Bienenzüchter, bereits von der eingeschleppten Milbe Varroa destructor geplagt, hatten allen Grund zur Furcht. Rasch waren die Rechnungen gemacht: Die finanziellen Folgen einer globalen Bestäubungskrise würden in die Milliarden gehen. Noch schlimmer: Der Weltbevölkerung könnte Hunger drohen. Flugs gründete man Gremien, die da endlich genauer hinschauen sollten. Nicht einfach, denn Insektenfachleute sind so rar geworden wie seltene Schmetterlinge.

Einer, der das Problem falsch begründet sieht und bereits 2005 gegen den Strom schwamm, ist Jaboury Ghazoul (44), Pflanzenökologe an der ETH, der jüngst untersucht hat, wer sich denn an die städtischen Blumen Zürichs heranmacht (viele Schwebefliegen). Bestäubungsforscher Ghazoul findet, dass die Wahrnehmung durch die Sicht auf kalifornische Mandelproduzenten und das in Europa beschriebene Verschwinden von Hummeln und Schmetterlingen verzerrt wird. Dabei verliere man aus den Augen, dass die meis-

ten Grundnahrungsmittel (wie etwa Mais oder Reis) nicht von tierischen Bestäubern abhängen. Wo dies aber der Fall sei, werde oft kleinräumiger angebaut, sodass wilde Bestäuber einspringen können. Zudem veränderten sich Populationen oft überraschend auch mal positiv, wie der ETH-Professor am letzten Freitag am vierzehntäglichen öffentlichen Abendkolloquium der Basler Botanischen Gesellschaft darlegte.

Diese und andere Regeln wurden von der EU-Politik nicht beachtet, was die genannten Ökonomen (und auch die Märkte) von Anfang an vermuteten. Die Währungsunion hat ihre eigenen Regeln mehrmals gebrochen. Man müsse neue Regeln aufstellen und diese konsequent einhalten, tönte es letzte Woche aus Frankreich. Dass es solche Regeln innerhalb der Eurozone seit Beginn gibt und dass diese laufend verletzt wurden und immer noch verletzt werden, wird kaum öffentlich kommuniziert.

Die Regierungen haben also wesentlich zur Entstehung der Finanz- und Eurokrise beigetragen. Ich bin überzeugt, dass ohne die genannten vehementen Eingriffe in die Märkte diese Krisen nicht oder nur in einem viel geringeren Ausmass entstanden wären. Es kommt dazu, dass der Bankensektor eine der am meisten staatlich regulierten Branchen darstellt.

Nicht erst seit heute weiss man aber, dass diese Regulierungen in eine ganz bestimmte Richtung verändert und vereinfacht werden müssten. Entscheidend ist dabei, dass Banken weiterhin Fehler machen dürfen, aber für diese Fehler vom Markt im Extremfall mit Konkurs bestraft werden können.

Not tut also eine Rückbesinnung der Politik auf ihre Kernaufgaben. Vernachlässigte Bereiche habe ich kurz genannt. Dabei sollte die Eigenverantwortung auf Länderebene und innerhalb der Länder wieder vermehrt betont und belohnt werden. Es braucht nicht überall internationale oder regionale Koordination und Integration.

* Rolf Weder ist Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (WWZ) der Universität Basel.

Basler Zeitung

National-Zeitung und Basler Nachrichten AG
Herausgeber. Moritz Suter
Chefredaktor. Markus Somms (ms)
Stv. Chefredaktor. David Thommen (-en)
Chefredaktion. Eugen Sorg (eso), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst
 Assistenz: Laila Abdel'Al
Politik. Thomas Lüthi (tl), Leitung – Claudia Biangetti (cbj) – Michael Breu (mbr) (Wissenschaft) – Raphael Bucher (rbu) – Dominique Burckhardt (db) – Erik Ebneter (ebn) – Martin Furrer (mfu) – Willi Herzig (wh) – Hansjörg Müller (hjm) – Markus Wüest (mw)
Bundeshaus. Alan Cassidy (ac) – Beni Gafner (bg) – Markus Prazeller (pra)
Basel-Stadt. Raphael Suter (ras), Leitung – Valentin Kressler (vks), stv. Leitung – Michael Bahnerth (mb) – Mischa Hauswirth (hws) – Dominik Heitz (he) – Katrin Roth (kr) – Peter Schenk (psc) – Ralph Schindler (rs) – Markus Vogt (mv) – David Weber (daw) – Nadja Widmer (na)

Baselland. Daniel Ballmer (dab), Leitung – Georg Schmidt (gs), stv. Leitung – Martin Brodbeck (-eck) – Peter de Marchi (pdm) – Thomas Gubler (Gu) – Stefan Gyr (stg) – Andreas Hirsbrunner (hi) – Franziska Laur (ffl) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis) – Kurt Tschan (kt) – Peter Walther (wap)

Wirtschaft. Daniel Schindler (dan), Leitung – Dieter Bachmann (dba) – Heiner Hiltnermann (neh), Produktion – Rahel Koerfgen (rak) – Andreas Schwander (as) – Isabel Strassheim (isa) – Daniel Zulauf (dz)

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Eva Breitenstein (eb) – Oliver Gut (olg) – Stefan Kreis (sk) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur. Christoph Heim (hm), Leitung – Sigfried Schibli (bli), stv. Leitung – Andrea Fopp (af) – Miriam Glass (mgl) – Nick Joyce (nj) – Hannes Nüsseler (ni) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Ursula Schneider (usr) – Julian Schütt – Stefan Strittmatter (mat)

Inlandkorrespondenten. Seraina Gross (sgr), Westschweiz – Gerhard Lob (lo), Tessin

Auslandskorrespondenten. Ulrich Achermann (Ach), Santiago de Chile – Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borger (bor), London – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Andreas Ernst (ern), Belgrad – Paul Flückiger (flü), Warschau – Astrid Frefel (af), Kairo – Hannes Gamillscheg (HG), Kopenhagen – Willi Germund (wig), Bangkok – Inge Günther (igü), Jerusalem – Frank Herrmann (ffw), Washington – Jan Keetman (jke), Istanbul – Martin Kölling (mkt), Tokio – Jutta Lietsch (jli), Peking – Patrick Marcolli (map), Berlin – Fritz Neumann (fnw), Wien – Thomas Roser (tro), Belgrad – Renzo Ruf (rr), Washington – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile. Thomas Waldmann (tw)
Autoren. Felix Erbacher (FE) – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Freddy Widmer (fw)

Kolumnisten. Martin Breitenstein – Thomas Cueni – Max Frenkel – Helmut Hubacher – Daniel Vischer – Daniel Wiener

Spezialseiten. Lebensart/Reisen/Essen&Trinken: Ursula Schneider (usr)

Beilagen/Projekte. Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Volontariat. Muriel Gnehm (mgn)

baz.ch. Alexander Müller (amu), Leitung – Joël Gernet (g) – Fabian Kern (ker), Sport

Produktion/Gestaltung. Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Eva Neugebauer (ene) – Nino Angiuli und Bettina Lea Toffol, Teamleitung Gestaltung – Horst Ujak, Leitung Technik – Paul Graf – Rebekka Heeb – Christian Jenni – Reto Mastria – David Pümpin – Urs Rist – Juliane Rungger

Bildredaktion. Bernhard Vesco, Leitung – Doris Flubacher – Melody Gyagax

Fotografen: Mischa Christen – Daniel Desborough – Elena Monti – Henry Muchenberger – Margrit Müller – Roland Schmid

Bildbearbeitung. Holger Böhler – Nadine Borner – Thomas Tanner

Korrektorat. Lesley Paganetti – Sabine Steinhart, Teamleitung – Birgit Althaler – Aaron Bertoli – Katharina Dillier Muzzulini – Martin Stohler – Rosmarie Ujak

Sachbearbeitung. Milena De Matteis – Anny Panizzoli – Ruth Widin

Dokumentation/Archiv. Roger Berger, doku@baz.ch

Redaktion. Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

CEO Basler Zeitung Medien. Roland Steffen

CFO Basler Zeitung Medien. Marcus Herren

Leiter Verlag. Paul Herzog

Leiterin Lesermarkt und Vertrieb. Astrid Hoyer

Leiter Werbekmarkt. Harry Zaugg

Anzeigenleitung. Alexandra Heiniger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst. Montag bis Freitag von 6.30–18.00 Uhr, Samstag von 7.00–14.00 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Zustellprobleme Sonntagszeitung Tel. 044 248 64 40 oder 0800 808 014

Basler Zeitung Medien. Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: adicinsurance Services AG, am (allmedia) ag, bc best connect ag, Birkhäuser+GBC AG, bzm (werbe) ag, Die Zeitungsdrucker Schweiz AG, Distriba AG, Inserateunion AG, km (keymedia) ag, Neue Fricktaler Zeitung AG, Radio Vision AG, Restaurationsbetriebe Basler Zeitung AG, Sa-Na Verlag AG

Abonnementspreise. Basler Zeitung (inkl. 2.5% MwSt.): 3 Monate Fr. 108.–, 6 Monate Fr. 204.–, 12 Monate Fr. 389.– (Ausland auf Anfrage), Zuschlag für TV-Star Fr. 109.– pro Jahr

Verlag. Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Druck. Die Zeitungsdrucker Schweiz AG, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

BaZ am Aeschenschplatz. Aeschenschplatz 7, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

medienhaus@aeschen.ch

Todesanzeigen: todesanzeigen@bzwmverbeag.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Schalter für Inserate und Tickets:
Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr
Samstag von 8.30 Uhr–12.30 Uhr

Büro Liestal. Basler Zeitung, Mühlegasse 3, 4410 Liestal

Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Inserate Tel. 061 927 13 47, Fax 061 921 28 48

Büro Fricktal. Basler Zeitung, Postfach, 4310 Rheinfelden, Redaktion Tel. 061 831 73 73

Büro Laufenal/Schwarzbubenland. Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel

Tel. 061 761 76 70, Fax 061 761 76 75

Inserate. Basler Zeitung Medien Werbe AG, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20

info@bzwmverbeag.ch, www.baz.ch

Reservations/Technische Koordination. Reto Kyburz

Announcements Basler Zeitung: s/w oder farbige Fr. 4.25, Basler Zeitung Gesamtausgabe (Freitag): s/w oder farbige Fr. 5.70

ImmoInfo: Fr. 3.69, Stellefanz: Fr. 4.84 (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool